II-10163 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5036 /J
1990 -02- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Roppert
und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend die Personalpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung

Seit 1.1.1990 findet im öffentlichen Dienst bei Neuaufnahmen das Ausschreibungsgesetz Anwendung. Bei der Erarbeitung dieser Materie hat sich, was anzuerkennen ist, der damalige Bundesminister Dr.Heinrich Neisser Verdienste erworben.

Nun wurde bekannt, daß im Bundesministerium für Landesverteidigung trotz Bestehens dieser eindeutigen gesetzlichen Regelung nach wie vor die sogenannten "Personalbeiräte" bei Neuaufnahmen einberufen werden.

Diese umstrittenen Personalbeiräte verhindern bekanntlich bei Personaleinstellungen sowohl die Kommandantenverantwortlichkeit als auch die Wahrnehmung der legitimen Interessen des territorial jeweils zuständigen Dienststellenausschusses.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung nachstehende

A n f r a g e:

1. Ist es richtig, daß seit 1.1.1990 trotz Existenz des Ausschreibungsgesetzes Personalbeiräte im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig geworden sind ?

2. Wenn ja: Wie oft kam es zu solchen möglicherweise illegalen Beratungen in Personalbeiräten und wieviel Personaleinstellungen erfolgten aufgrund dieser Vorgangsweisen ?

3. Bis wann gedenken Sie bei Zutreffen der voranstehenden Vermutungen im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung in diesen Fragen einen gesetzeskonformen Zustand herzustellen und im Verordnungswege die Tätigkeit der Personalbeiräte, die von vielen Juristen lediglich als parteipolitische Aufnahmeinstrumente in ihrem Ressortbereich angesehen werden, abzustellen ?